

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zl. mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,89 Zl. vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifenband monatl. 7,50 Zl. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschritt u. schwererem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postadressen:** Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 13

Bndgoficz / Bromberg, Dienstag, 18. Januar 1938

62. Jahrg.

Irland und England.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

de Valera, der irische Präsident kommt am Montag, dem 17. Januar, auf eigenem Antrieb nach London, um hier mit dem britischen Ministerpräsident Neville Chamberlain zu verhandeln. Zweck des Besuchs ist die Beilegung des anglo-irischen Konflikts und vor allem die Beendigung des Handelskrieges, der das äußere Anzeichen des schlechten gegenseitigen Verhältnisses ist. Daneben werden aber ohne Frage alle anderen staatspolitischen und staatsrechtlichen Dinge behandelt werden, die zwar augenblicklich etwas mehr im Hintergrund stehen, die aber grundsätzlich bedeutungsvoller sind als die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder. de Valera und Chamberlain sind beide die Vertreter der Gesamtpolitik ihrer Staaten. Es gibt also keine Frage, die bei den geplanten Besprechungen nicht zur Sprache kommen könnte. Demzufolge wird de Valera von einer Ministerdelegation begleitet werden, und Neville Chamberlain stehen ebenfalls eine Reihe von Kabinettsmitgliedern beratend zur Seite. Es ist also kein Zweifel: hier handelt es sich um einen wohl vorbereiteten, groß angelegten Versuch, die Beziehungen beider Länder ins reine zu bringen.

Ob dieser Versuch im ersten Anlauf glücken wird, werden wir abwarten müssen. Nach Lage der Dinge wird es sich dabei um einen Anfang handeln. Die Absicht der Verhandlungen zielt auf eine Neuordnung. Es ist kaum wahrscheinlich, daß man, trotz aller Sorgfalt der Vorbereitung alles erledigen wird. Ehe wir auf einzelne Probleme eingehen, mag darauf aufmerksam gemacht werden, daß die neue irische Verfassung auf die ganzen irischen Inseln bezogen ist und daß die irische Einheit nach wie vor das große Ziel der von de Valera eingeleiteten Politik der großen Erfolge bildet. Die Teilung Irlands wird auch bei diesen Besprechungen erörtert werden. Das beleuchtet gleichmaßen ihre Bedeutung und ihre Begrenztheit. Da de Valera die Verhandlung veranlaßt hat, war es unausweichlich, daß auch diese Grundfrage dabei zur Sprache kommen wird. Sie gibt den einzelnen Verhandlungsgegenständen ihre letzte Grundlage. Sie bestimmt aber auch den Punkt, bis zu dem die Erörterung Erfolg haben wird, und über den sie nicht hinausgelangen kann.

Die Gunst der Umstände liegt darin, daß die Trümpfe auf beiden Seiten ziemlich gleichmäßig verteilt sind. Sehen wir sie uns im einzelnen an. Da ist zunächst das Problem der Grundrenten. Im Jahr 1903 war den irischen Pächtern (der englische wie der irische Bauer oder Farmer ist im allgemeinen der Pächter des von ihm bebauten Landes, das einer Grundherrschaft gehört) durch das Grundrentengesetz die Möglichkeit gegeben worden, ihr Land im Abzahlungswege käuflich zu erwerben. Im Home Rule-Gesetz von 1920, das zwei Parlamente (eins im Norden, eins im Süden) schuf, wurden die Abzahlungen erlassen. In Nordirland nahm man das Gesetz an, und die Abzahlungen fielen fort, Südirland lehnte es ab, die Zahlungsverpflichtung blieb bestehen. Im Jahr 1922 verpflichtete sich der damalige irische Freistaat-Präsident Cosgrave, jährlich fünf Millionen Pfund Sterling an die Britische Regierung als Ablösung der Grundrenten zu zahlen. Als de Valera zur Macht kam, annullierte er dies „Geheimabkommen“ und verweigerte die Zahlung. Daraus entstand der Zollkrieg. England verhängte Kampfzölle auf die Einfuhr aus Irland, Irland, antwortete mit Einfuhrverboten und anderen Vergeltungsmaßnahmen. Der Zoll- und Handelskrieg wurde dann vor einem Jahr durch das sogenannte Kohle-Vieh-Abkommen teilweise beigelegt. Heute geht es um eine allgemeine Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen. Irland hat eine sehr viel größere Bedeutung als die natürliche Kornkammer Englands erhalten, seitdem England Aufstellungspolitik treibt. Zur Zeit des Ausbruchs des Zollkriegs im Jahr 1932 sah England am längeren Arme des Hebels. Heute ist die Lage umgekehrt.

Die folgerichtige Entwicklung dieser Verhandlungen führt unvermeidlich auf das umfassende Problem der englischen Reichsverteidigung. Ein feindseliges Irland ist für England eine ungeheure Gefahr. Bisher hat man sie auf dem Wege rücksichtsloser Unterjochung der irischen Bevölkerung gebannt. Heute kann sie nur auf dem Wege freier Vereinbarungen beseitigt werden. Auch hier ist de Valera (solange seine Politik die Gefolgschaft der irischen Nation findet) der gebende und nicht der nehmende Teil. Seine neue Verfassung gibt ihm das Recht, eine irische Kriegsmarine zu bauen. Er hat noch keinen Gebrauch davon gemacht. Selbst wenn er es niemals ausnützte, so bildet doch die irische Insel mit ihren dazugehörigen kleineren Eilanden einen vorzüglichen Flottenstützpunkt für einen Gegner Englands, der vielleicht mit Irland im Bund liegende Militärbündnisse bei den beabsichtigten Verhandlungen nur (sozusagen) anknurren und nicht etwa abschließen. Zustimmung oder Ablehnung enthält für de Valera einen seiner besten Verhandlungstrümpfe.

Drittens sollen finanzielle Verhandlungen geführt werden. Sie liegen wahrscheinlich auf dem Gebiet der Währung. Auch sie sind wichtig. Hier ist vielleicht der einzige Punkt zu finden, an dem England über die bessere Verhandlungsstellung verfügt. England ist reich, Irland ist ein armes Land.

Politische Verhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes sind nicht beabsichtigt. Jedenfalls werden sie nicht offen zugegeben. Notwendig wird sie aber in jedem Fall. Das Statut von Westminster wird von Irland nicht als unbedingt bindend betrachtet. Irland oder Eire führt sich durchaus als ein souveräner Staat in des Wortes letzter Bedeutung. Eines Tages wird also ein Friedens- und Bündnisvertrag nötig werden. de Valera scheint ihn aber von Zugeständnissen auf dem Gebiet der irischen Einheit abhängig machen zu wollen. Hier tritt wiederum die Teilung Irlands in Nordirland und Südirland entscheidend in den Vordergrund. Erst nach Abschluß der auf mehrere Tage berechneten Verhandlungen wird sich diese Frage beurteilen lassen.

Im ganzen gesehen sind also die jetzt einsetzenden amtlichen Verhandlungen von geschichtlicher Bedeutung. Sie enthalten überdies ein allgemeines weltpolitisches Interesse in zweifacher Hinsicht. Einmal liegt in diesen Verhandlungen der Wunsch Englands ausgedrückt, sich den Rücken politisch freizuhalten. Gelingt es, das gesteckte Ziel zu erreichen, so bringt das eine allgemeine politische Entlastung. Zum anderen stehen die englisch-irischen Verhandlungen in stillschweigender Beziehung zu den englischen Handelsvertrags-Verhandlungen mit den USA. Die USA könnte man geradezu als eine irische Staatsgründung in Übersee bezeichnen. Die ausgewanderten Iren besitzen drüben eine ausschlaggebende Stellung. Ohne eine Wiedergutmachung des an Irland begangenen englischen Unrechts bleiben die USA ein zögernder Bundesgenosse und ein fragwürdiger Freund. Irland steht bei seinen Verhandlungen mit dem anscheinend übermächtigen Britischen Imperium durchaus nicht allein. Es kann auf mächtige Freunde zählen. Damit verwickeln sich die an sich ganz einfach erscheinenden Verhandlungsaufgaben. Viele gleichgültig wirkenden Dinge enthalten weltpolitische Tragweite. Offenbar hat man sie aber nach Möglichkeit schon vorher aus dem Weg geräumt. Am Montag wird man sich vielleicht nur den erreichbaren Zielen zuwenden, um mit einigen handgreiflichen, praktischen Erfolgen aufwarten zu können. In

Beds Berliner Besuch.

Von gut unterrichteter Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

Der polnische Außenminister Bedk hat, wie bekannt, nach seinen Rücksprachen mit den deutschen Ministern von Neurath, Brüning und Göttsches noch eine ausführliche Unterhaltung mit dem Führer und Reichskanzler gehabt. Authentische Mitteilungen über Gegenstand und Ergebnis der Aussprache sind weder von deutscher noch von polnischer Seite gemacht worden. Zuverlässige Informationen sprechen aber davon, daß diese deutsch-polnische Unterhaltung zu einer voll inhaltlichen Beistätigung der Linie geführt habe, auf der sich die deutsch-polnischen Beziehungen seit 1934 bewegen und die zu wiederholten Malen in besonderen Verhandlungen, vor allem auch auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik, ihre Bestätigung fand. Alle weiteren Nachrichten dürften auf Kombinationen beruhen. Sie verletzen dort die Grenze des Zulässigen, wo sie den Fragenbereich überschreiten, der durch die Erklärungen des Außenministers Bedk vor dem polnischen Senat abgesteckt ist und in denen er die polnischen Vorbehalte gegenüber dem Genfer Bund und dem Kommunismus präziserte und seine positive Einstellung zum Danziger Problem erkennen ließ.

Außenminister Bedk an der Riviera.

Der polnische Außenminister Oberst Bedk und Gattin haben Sonnabend nachmittag mit dem Fahrplanmäßigen Schnellzug nach Zürich Berlin verlassen. Wie man hört, hat Oberst Bedk bis zum Zusammentritt des Völkerbundes am 26. Januar einen kurzen Erholungsurlaub genommen, den er an der Riviera zu verbringen beabsichtigt.

Audienz im Schloß.

Eine Delegation des Demokratischen Klubs beim polnischen Staatspräsidenten.

In Warschauer politischen Kreisen hat eine halb-offizielle Mitteilung eine große Sensation ausgelöst, in der es hieß, daß der Herr Staatspräsident am Freitag mittag die Senatoren Kwasiński und Michałowicz, ferner den ehemaligen Votschaster Filipowicz und die Frau Senatorin Plejarowa in gemeinsamer Audienz empfangen hat. Wie der „Kurjer Polski“ erfährt, kam die Delegation ins Schloß und wurde vom Staatspräsidenten als Repräsentantin des Demokratischen Klubs empfangen, einer politischen Organisation, die im Herbst 1937 nach den stürmischen Oktobertagen ins Leben gerufen wurde. Die Audienz dauerte 2 1/2 Stunden.

Wie das Blatt weiter hört, hat die Delegation dem Staatspräsidenten kein Memorial vorgelegt, dagegen in erschöpfender Unterredung ihrer Ansicht über die gegen-

diesem Punkt stimmen die beiderseitigen Interessen sogar durchaus überein. de Valera braucht dergleichen und Chamberlain ebenfalls. Wir können also den Verhandlungen innerhalb der oben umrissenen Grenzen eine durchaus günstige Prognose stellen.

Große Schwierigkeiten müssen überwunden werden.

Volkssentscheid über die Teilung Irlands?

London, 17. Januar. (Eigene Meldung.) Der irische Ministerpräsident de Valera hat den Sonntag hauptsächlich zu Beratungen mit den Mitgliedern der irischen Abordnung benutzt. Einem Vertreter von „Press Association“ erklärte er, bei den am Montag beginnenden Verhandlungen müßten große Schwierigkeiten überwunden werden. Bei der irischen Abordnung bestehe jedoch der ernstliche Wunsch, den Grundstein für freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu legen. Er hoffe, daß in den Beratungen Fortschritte zu diesem Ziel hin gemacht würden.

Mit Ausnahme der „Times“ wollen die Morgenblätter berichten können, daß de Valera sofort bei der Eröffnung der Besprechungen am Montag nachmittag die Frage der Teilung Irlands aufwerfen werde. „Daily Telegraph“ erklärt, der irische Ministerpräsident beabsichtige einen Zehnjahresplan, der den Vorschlag eines Bundesparlamentes, in dem Nord- und Süd-Irland vertreten seien, enthalte. Nach zehn Jahren würde dann ein Volkssentscheid über die Frage der Teilung stattfinden. Ähnlich berichten auch die meisten anderen Blätter. Sicher sei, daß die irische Abordnung nicht erwarte, von Chamberlain eine sofortige und endgültige Zustimmung zu bekommen. Man könne demnach mit einer Art von Kompromiß rechnen, auf Grund dessen eine Einigung in Handels- und Verteidigungsfragen möglich sein würde. „Daily Herald“ betont, daß de Valera nicht auf der Einigungsfrage Irlands als einer grundsätzlichen bestehen, sondern lediglich klar machen werde, die irische Abordnung könne nicht nach Hause zurückkehren, ohne ein wesentliches Zugeständnis in dieser Frage mitzubringen.

wärtige politische Lage im Lande Ausdruck gegeben. Die Delegation erklärte, daß der Demokratische Klub und die sich um ihn scharenden politischen Elemente auf dem Boden der vollkommenen Achtung der gegenwärtig verpflichtenden Verfassung stehen. Im Rahmen der April-Verfassung befände sich die Forderung einer Reform der Wahlordnung zum Sejm und Senat. Die Delegation sprach sich für eine Wahlreform im demokratischen Geist aus. Während der Audienz informierte sich der Staatspräsident über viele aktuelle Fragen und zeigte das größte Interesse für die laufenden Probleme und die politischen Thesen, die von der Delegation aufgestellt wurden.

Die Meldung von der Audienz der Delegation des Demokratischen Klubs im Schloß hat eine verständliche Neugier und zahlreiche Kommentare in den politischen Kreisen hervorgerufen. In den letzten zwei Monaten ist dies bereits die zweite Audienz von Vertretern einer politischen Gruppierung beim Staatspräsidenten. Als erste war im Schloß eine Delegation der Polnischen Sozialistischen Partei (P.P.S.), die dem Staatspräsidenten eine Denkschrift überreichte, in welcher u. a. auf die Notwendigkeit einer Reform der Wahlordnung zum Parlament hingewiesen wird. Die Audienz der sozialistischen Delegation machte einen um so größeren Eindruck, als sie seit zehn Jahren die erste Audienz einer oppositionellen Partei beim Staatsoberhaupt war. Der Demokratische Klub ist keine oppositionelle Gruppierung, sondern eine Organisation, welche die antitotalen und linksgerichteten Elemente des Regierungslagers um sich vereinigt. Nichtsdestoweniger bildet die Audienz des Demokratischen Klubs im Schloß ein sensationelles politisches Ereignis, das, wie der „Kurjer Polski“ annimmt, sicher seine Folgen haben wird.

Warum bleibt

General Żeligowski so standhaft?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Situation, in welche die Militärkommission des Sejm und in weiterer Konsequenz auch das Sejmpräsidium durch die äußerste Zuspitzung des Konflikts zwischen dem Vorsitzenden dieser Kommission General Żeligowski und der Mehrheit der Kommissionsmitglieder verwickelt wurde, ist — gelinde ausgedrückt — sehr merkwürdiger Art. Die öffentliche Meinung vermag sich daraus absolut nicht ihren Reim zu machen und ist daher geneigt, zu vermuten, daß hinter diesem eigenartigen Konflikt etwas Besondere, Geheimnis und sorgsam Verschwiegenes stecken kann. Ein solcher Fall hat sich seit der Existenz des Sejm in der Wiejskagasse erst jetzt zum ersten Mal ereignet, der Fall nämlich, daß die Mehrheit der Kommission dem Kommissionsvorsitzenden zweimal erklärt, mit ihm nicht zusammenarbeiten zu wollen, ohne daß dieser die erwartete Konsequenz zieht und auf den Vorstoß verzichtet, vielmehr im Gegenteil betont, daß er „auf das Mandat des Präses der Militärkommission nicht verzichten könnte, wobei

Nun wieder Blum an der Reihe.

„Mitarbeit“ der Kommunisten von Blum gewünscht.

Aus Paris wird gemeldet:

Wegen der zahlreichen Schwierigkeiten, auf die Bonnet bei dem Versuch, die Regierung zu bilden, stieß, hat Bonnet den Auftrag in die Hände des Staatspräsidenten zurückgegeben. Staatspräsident Lebrun empfing darauf den Sozialdemokraten Léon Blum, den er mit der Kabinettsbildung betraute. Léon Blum erklärte vor der sozialdemokratischen Kammergruppe, er wolle ein „erweitertes Volksfrontkabinett“ bilden. Er bitte seine Parteifreunde, ihm volles Vertrauen zu schenken bis Montagabend. Dann werde er vor dem Landesrat der Sozialdemokratischen Partei über seine Verhandlungen mit den Parteiführern berichten.

Über die Absichten Léon Blums bei der Bildung seines „erweiterten Volksfrontkabinetts“ oder, wie man auch sagt, einer „linksausgerichteten nationalen Einigung“ verlautet zunächst, daß er sowohl Vertreter der kommunistischen Partei als auch ausgesprochen republikanisch gesinnte Vertreter der Mitte zur Mitarbeit heranziehen wolle. Unter letzteren nenne man den Abg. Paul Reynaud, früheren Finanz- und Kolonialminister. Reynaud hat in den Verhandlungen der Kammer erklärt, daß er unter den gegebenen Umständen einem Kabinett seine Hilfe nicht versagen würde, das alle Parteien umfasse, von den Kommunisten bis zur republikanischen Vereinigung (Marin); doch scheine es, daß Abg. Reynaud wenig Neigung zeigt, einer Regierung seine Mitarbeit zu leisten, in welcher nur die Ausweitung nach links gilt.

Eine Art politisches „Mationon-Abkommen.“

Am Sonntagabend hat Léon Blum Vertretern der Presse u. a. erklärt: Ich unternehme etwas Schweres. Ich halte es unter den gegebenen Umständen für notwendig, nach innen den Eindruck des sozialen Friedens und nach außen den nationalen Kraft zu geben. Deshalb verfolge ich eine Art politisches „Mationon-Abkommen (Mationon-Abkommen wurden die ersten sozialen Gesetze der Volksfront-Ära genannt. — Die Schriftleitung) zu verwirklichen.

Ich möchte eine Art nationale Sammlung rings um die Volksfront zustandbringen, was praktisch auf den Wunsch hinausläuft, zu den Vertretern aller Volksfrontparteien Männer heranzuziehen, die bisher zur Opposition gehörten. Ich habe im Laufe des Abends mit Daladier, Paul Reynaud und den kommunistischen Abg. Thorez und Duclos gesprochen, sowie mit Delbos und Chaumpey und gedenke noch im Laufe der Nacht mit Albert Sarraut zu verhandeln.

Die französische Presse warnt Léon Blum.

Paris, 17. Januar. (Eigene Meldung.) Die Pariser Morgenzeitungen sind nur zum Teil davon unterrichtet, daß in den späten Nachtstunden der ursprüngliche Gedanke Léon Blums, ein breit aufgebautes Kabinett der „nationalen Sammlung um die Volksfront“ — von dem Kommunisten Thorez bis zu dem Abgeordneten Paul Reynaud — zu bilden, an den Bedingungen Reynauds gescheitert ist.

Erst am Montag vormittag wird man wieder erfahren, ob Blum unter diesen Umständen den Kabinettsbildungsauftrag zurückgibt oder ob er noch einen zweiten Versuch zur Bildung einer Volksfront-Regierung mit kommunistischer Regierungsbeteiligung (nicht nur Mehrheitsunterstützung wie bisher) unternehmen wird. Von der Haltung der Radikalsozialisten wird es abhängen, ob Blum es wagen kann, kommunistische Vertreter als Regierungsvertreter heranzuziehen oder ob er, wenn er die Mitarbeit der Radikalsozialisten behalten will, sich mit der alten Volksfrontformel begnügen muß.

Zahlreiche Montag-Morgenblätter besprechen noch die inzwischen schon wiederholte erste Formel Léon Blums, ein Kabinett der nationalen Sammlung um die Volksfront. In allen verantwortungsbewußten Kreisen wird die Möglichkeit einer Regierung mit kommunistischen Ministern als Herausforderung empfunden, vor der dringend gewarnt wird. Diese Blätter machen vor allem auch auf den Widerhall aufmerksam, den die mühevollen Krisenverhandlungen in Paris im Ausland finden.

er diese Ablehnung durch Motive begründet, welche auf den ersten Blick unverständlich erscheinen, aber zum Nachdenken anregen und einen gewissen Sinn zum Teil erraten lassen. General Zeligowski stützt sich in seinem Verhalten formal auf die Geschäftsordnung des Sejm, die eine Enthebung des Kommissionsvorsitzenden vom Vorsitz durch Beschluß der Mehrheit der Kommissionsmitglieder nicht vorsieht. In diesem Fall ist das Eingreifen des Sejmarschalls notwendig. Es ist möglich, daß General Zeligowski es darauf ankommen lassen will. Allerdings bliebe dabei die Frage, zu welchem Zweck General Zeligowski dieses Eingreifen etwa veranlassen möchte, noch lange nicht beantwortet. Die Oppositionspresse geht um das Mysterium herum und sagt dabei ihr beliebtes Sprüchlein von der „Berlebung“ im Lager der Anhänger des jetzigen Regiments her, ohne indessen bezüglich der Kernfrage, die hinter der Zeligowski-Affäre ohne Zweifel steckt, Stellung zu nehmen.

Die Fehde zwischen den 16 Abgeordneten aus dem Legionärlager und dem General Zeligowski ist bekanntlich ausgebrochen, als General Zeligowski das Rundschreiben des Ministerpräsidenten Skladkowski, durch welches die Rangordnung der Obersten Gewalten im Staat festgelegt worden war, vom Standpunkt der Verfassung einer kritischen Beurteilung unterzog. In seinem an den stellvertretenden Vorsitzenden der Militärkommission, Bischoff Schökel, gerichteten Schreiben hält General Zeligowski seine Behauptung aufrecht, daß das Rundschreiben „den Dualismus der Staatsgewalt“ einführe. General Zeligowski hat demnach die Rolle eines Verteidigers der geltenden Verfassung übernommen, sicherlich nicht ohne vorher einen Plan gefaßt zu haben, wie er diese Rolle zu Ende führen werde.

Die politische Öffentlichkeit geht auf das Meritum der Auffassung des verdientvollen Generals begrifflicher Weise nicht ein; sie interessiert sich in viel höherem Grad für die Gruppierungsänderungen, welche dieser an einen Verfassungskonflikt gemahnende Gegensatz zwischen dem General und der Mehrheit der Legionärpolitiker verursacht haben mag oder noch verursachen könnte. Diesbezüglich klagt die oppositionelle nationalistische Presse nicht mit durchsichtigen Bemerkungen. Sie gibt der Vermutung Ausdruck, daß eine Gruppe von Abgeordneten die Auffassung des Generals teile, darunter die 8 Mitglieder der Militärkommission, welche den die Zusammenarbeit mit General Zeligowski kündigenden Brief nicht unterzeichnet haben.

„Wenn man dem General Zeligowski“ glauben will, wird in den Wandlungen des Sejm erzählt, daß der Verfasser und „Vater der Verfassung“, Oberst Skawek, den Absichten des Generals Zeligowski nahestehe. Er wäre bereit, sein Werk gegen Rundschreiben und Kommentare zu verteidigen, welche den Geist der Verfassung nicht exakt wiedergeben. Darin werde er von seinen offenkundigen und heimlichen Anhängern unterstützt.

Wie wir sehen, läuft auch bei diesem Blatt alles schließlich auf das Stiefchen „Berlebung“ im Legionärlager hinaus. Sobald sich aber die Embeken auf dieses Pferd setzen, beginnt der Reiter schon zu gähnen.

Stojadinowitsch in Berlin.

Am Sonnabend vormittag ist der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Dr. Milan Stojadinowitsch mit seiner Gattin zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in Berlin eingetroffen.

Zur Begrüßung auf dem Anhalter Bahnhof hatten sich neben Ministerpräsident Generaloberst Göring, Reichsaußenminister Freiherr und Freiin von Neurath, die Reichsminister Frick, Rust, Darré, Dr. Dornmüller und Dr. Lammer, die Reichsleiter Rosenberg und Dr. Dietrich, der Reichsführer SS Himmler, die Mitglieder des Diplomatischen Korps und zahlreiche führende Vertreter von Staat, Partei und Wehrmacht, der Presseschef der jugoslawischen Regierung Dr. Zukowitsch sowie sämtliche Herren der jugoslawischen Gesandtschaft und zahlreiche Mitglieder der jugoslawischen Kolonie eingefunden.

Der jugoslawische Ministerpräsident begab sich nach der Begrüßung auf dem Anhalter Bahnhof zum Ehrenmal, wo er einen Kranz für die Kriegsgesunden niederlegte. Sodann stattete er dem Ministerpräsidenten Generaloberst Göring und dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath einen Besuch ab und besichtigte unter Görings Führung am Nachmittag die Neubauten des Berliner Flughafens sowie das Reichsluftfahrtministerium. Im Anschluß daran war Dr. Stojadinowitsch Gast des Ministerpräsidenten Göring im Hause der Flieger. Abends folgte er einer Einladung des Reichsaußenministers zu einem Essen.

Am Sonntag folgte der jugoslawische Ministerpräsident zunächst einer Einladung des Reichsjägermeisters Göring nach Karinhall, wo er um 11.30 Uhr eintraf, um in Begleitung des jugoslawischen Gesandten Cincar Marlowitsch die Wabungen der Schorfheide zu besichtigen. Am Abend nahm der jugoslawische Ministerpräsident auf Einladung des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath an einer Aufführung der Operette „Die Fledermaus“ im Deutschen Opernhaus nebst einem daran anschließenden Abendessen teil.

Für Montag, 20.30 Uhr, ist eine Abendtafel des Führers und Reichskanzlers im „Haus der Reichskanzlei“ vorgesehen.

Verdrückliche Miene in Paris.

Paris, 17. Januar. (Eigene Meldung.) Trotz der Regierungskrise findet die Pariser Presse Zeit, sich angelegentlich dem Deutschland-Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten zu widmen, wobei Ausdrücke der Resignation vorherrschen. Das „Journal“ stellt fest, die kleine Entente richte sich nach der Achse Berlin-Rom. Deutschland nehme auf dem Balkan rasch den Platz ein, den Frankreich dort verloren habe. „Epoche“ schreibt resigniert, während in Paris Ministerkrisen herrsche, werde Stojadinowitsch in Berlin mit großen Ehren empfangen.

Frankreich laufe Gefahr, einen Verbündeten nach dem anderen zu verlieren und unterliege das selbst durch seine ewigen politischen Wirren. Die Jugoslawen, so erklärt die „Action française“, wenden sich wie die Rumänen und Polen von Frankreich ab, je mehr Frankreich den zerstörenden Kommunisten hörig ist.

Die französische Regierung scheine sich um diesen Zusammenbruch der Freundschaften und Bündnisse nicht zu kümmern. Der Wurm, der an Frankreichs Bündnissen nagt, ist nicht in Warschau, Bukarest oder Belgrad zu finden, sondern in Paris.

„Großarabisches Königreich.“

Neuer arabischer Plan zur Palästinafrage.

Der ein Großarabisches Königreich schaffen will, wird in den nächsten Tagen der Englischen Regierung vorgelegt werden. Er wird in London überreicht durch Nuri Pascha, der auf der Reise von Bagdad nach London in Kairo mit dem syrischen Politiker Schah Badsa und dem dort im Exil lebenden palästinensischen Araberführer Auni Bey eingehende Besprechungen hatte. Nuri Pascha ist am Mittwoch nach London weitergereist.

Der neue Plan sieht den Zusammenschluß von Palästina, Transjordanien und dem Irak zu einem Großarabischen Königreich unter dem Schahi des Irak vor. Diesem Vorschlag liegen die panarabischen Pläne des Königs Feisal vom Irak zugrunde, die während des Krieges weitgehende englische Unterstützung erfuhren. Der Plan, der sich auch an Ideen aus der Balfour-Deklaration über einen jüdischen Nationalstaat anlehnt, sieht eine Einwanderungsquote für Juden in dem neuen Großarabischen Reich vor, die es ermöglichen soll, daß weitere zwei Millionen Juden einwandern können. Der jüdischen Minderheit sollen alle erforderlichen Rechte eingeräumt werden.

Gegenoffensive Tschiangkai-scheks?

Reuter meldet aus Schanghai:

Die Chinesen planen einen mächtigen Gegenangriff längs der Eisenbahn Tientsin-Pukau, wo eine 280 Kilometer breite Lücke zwischen den beiden japanischen Kolonnen besteht, von denen die eine vom Norden und die andere vom Süden her in der Richtung auf Sutschuan marschiert. Marschall Tschiangkai-schek hat sich mit dem Flugzeug nach Sutschau begeben, um die chinesischen Stellungen zu besichtigen und eine Besprechung mit dem Gouverneur von Schantung, General Han Tsichu abzuhalten. Die Chinesen wollen auch gegen Tsinin einen Gegenangriff unternehmen, das angeblich in vier Tagen dreimal aus den Händen der Chinesen in die der Japaner übergegangen ist und umgekehrt. Hierbei sollen auf beiden Seiten 10 000 Mann gefallen sein. Die Chinesen haben große Verstärkungen entsandt, um diesen Abschnitt halten zu können. Inzwischen greifen die Japaner, die vom Osten längs der Eisenbahn Tsinan-Tingtau vorrücken, Kaomin an, das 100 Kilometer von Tingtau entfernt ist. Die fremden Beobachter sind der Ansicht, daß die Japaner erst nach der Einnahme von Hankau in Südhina einfallen wollen.

Tsinin von den Chinesen zurückerobert.

Nach einer chinesischen Meldung aus Schanghai haben die chinesischen Truppen nach einer erbitterten Schlacht, die Tag und Nacht andauerte, die Stadt Tsinin eingenommen.

Chinesische Generale hingerichtet.

Nach chinesischen Drahtberichten aus Hankau, die vom „Berliner Lokal-Anzeiger“ weitergegeben wurden, sind dort drei chinesische Generale auf Befehl Tschiangkai-scheks hingerichtet worden: der Gouverneur der Schantung-Provinz, General Han Tsichu, dem Pflichtverräumnis vorgeworfen wird, und die Generale Lituo-tschuan und Wan-sulin, die für Meuterei und Disziplinlosigkeiten unter ihren Truppen verantwortlich gemacht werden.

Note Kriegsbaus in der Arktis.

Rußland befestigt die Halbinsel Kola.

Mit dem Ausbau der rätensischen Kriegsbaus auf der schon nördlich des Polarkreises liegenden Halbinsel Kola beschäftigt sich eine Meldung des Warschauer „Express Potanny“. Seit der Fertigstellung des Weißmeerkanals werde dort der Bau großer Industrieanlagen vorbereitet, die fast ausschließlich für die Produktion von Kriegsmaterial eingerichtet seien. Alles spreche dafür, daß diese Pläne raschestens verwirklicht werden, was zweifellos zu einer ernsthaften Gefährdung der skandinavischen Staaten führen würde, zumal die Räte ihr starkes Interesse für die nordischen Eisenerzvorkommen nicht verleugneten. Aus diesem Interesse erklärte sich auch die fieberhafte Arbeit der räte-

russischen Polarexpedition, die sich besonders auf der Halbinsel Kola betätigen. Zur Zeit werden verschiedene Forschungen durchgeführt sowie funktentelegraphische Anlagen und provisorische Flughäfen errichtet. Die bisherige Landra im Polargebiet könne jetzt einer der größten militärischen Stützpunkte des Rätebundes werden.

Entdeckung ausgedehnter Oelfelder in Sibirien.

Die Räteregierung gibt die Entdeckung außerordentlich großer Oelfelder in Sibirien bekannt, die sich vom Baikalsee bis zur Küste des Stillen Ozeans ausdehnen. Der Geologe Iwan Gubkin, der an der Entdeckung der Oelfelder hervorragend beteiligt war, erklärte, daß die Auffindung dieser riesigen Oelfelder von nicht abzuschätzender Bedeutung für die Rätewirtschaft sei. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Oelfelder in nicht allzu großer Entfernung von der Grenze liegen, so daß Zugriffe oder Besetzungen im Falle eines Krieges durchaus im Bereich der Möglichkeit liegen. Es wird daher damit gerechnet, daß zum Schutz dieser neuen Oelfelder die fernöstliche Armee eine erhebliche Verstärkung erfahren werde und daß die Räteregierung eine Maginotlinie an der Ostgrenze errichten werde. Jedenfalls ändere sich dadurch die Fernostpolitik der Räteregierung vollkommen.

Moskau verstärkt seine Flotte.

Aus Moskau berichtet der JNS-Dienst: Bei der Tagung des Obersten Rates der Sowjetunion hielt der Vorsitzende Molotow eine Rede, in der er ankündigte, daß die sowjetrussische Flotte in allen ihren Teilen ganz erheblich verstärkt werden würde. Die Verstärkungen würden bei dem baltischen Geschwader, der Schwarzen-See-Flotte und der ostasiatischen Flotte vorgenommen werden. Dem neuen Marinekommissariat komme daher eine sehr große Bedeutung zu.

Und jetzt die Sowjetpresse.

„Daily Express“ meldet aus Moskau, daß die GPU 28 sowjetrussische Journalisten verhaftet habe, weil sie sich in einer sogenannten „reaktionären Organisation“, der „Gruppe des freien Wortes“, zusammengesetzt hätten. Der Leiter der GPU, Feschow, habe eine neue „Pressepolizei“ geschaffen, deren Aufgabe es sei, die Presseleute in Sowjetrußland zu überwachen und „sie in eine Linie mit Stalin“ zu bringen.

Im Wolgagebiet seien wiederum 15 Bauern unter der Anklage des „Verrates“ und „Trozkismus“ erschossen worden.

Vor der Auflösung des rumänischen Parlaments?

Wie verlautet, steht die Auflösung des rumänischen Parlaments, die in den letzten Tagen unsicher geworden war, jetzt endgültig fest. Das königliche Dekret soll bereits unterzeichnet sein.

Erster Postflug Honolulu—Neuseeland gescheitert.

Der erste Postflug über den Stillen Ozean von Honolulu nach Neuseeland und zurück hat ein tragisches Ende gefunden. Das vermehrte viermotorige Großflugboot „Samoa-Clipper“ mit sieben Mann Besatzung an Bord ist infolge eines durch Strombruch entstandenen Motorschadens in der Nähe der Südeinsel Pago-Pago abgestürzt.

Nach stundenlanger Suche durch mehrere Flugzeuge und amerikanische Kriegsschiffe wurde das Wrack des Großflugboots am 13. d. M. von dem Minensucher „Avocet“, etwa vierzig Seemeilen von der Insel Pago-Pago entfernt, im Meer treibend aufgefunden. Der Minensucher wollte nach einem Funkpruch der Pan American Airways Station auf Pago-Pago versuchen, das Wrack zu bergen. In den bisherigen Funkmeldungen ist von Überlebenden keine Rede, so daß leider angenommen werden muß, daß die sieben amerikanischen Flieger beim Absturz ertrunken sind.

Bommerellen.

17. Januar.

Graudenz (Grudziadz)

Ansicht auf Arbeit für die Schuhmacher. In der Jahreshauptversammlung der Schuhmacher- und Schäfte-

Eine Unterbrechung in der Stromzufuhr trat am Freitag nachmittag 5.10 Uhr ein.

In einer Übung auf dem Gebiet der Czarnocki-Kaserne rückte am Sonnabend nachmittag 3.10 Uhr die Feuerwehr aus.

Bestohlen wurden Wladyslaw Janzoga, Getreidemarkt (Plac 23-go Stycznia), um sein Fahrrad, ferner Felix Laszewski, Kasernenstraße (Pudafiego) 8, um acht Rollen Pappe und vier Säcke Zement.

Eingedrückt wurde in der Nacht zum Sonnabend voriger Woche von einem insolge reichlichen Genusses geistiger Getränke seiner Glieder nicht mehr ganz mächtigen und deshalb gestolperten Bewohner der Amtsstraße (Budkiewicza) eine Schaufensterscheibe der Firma Marchlewski u. Zawadzki.

Das Befinden der bei dem Unfall beim Schlittenfahren erheblich verletzten Oberlehrerin Fränlein Radwodzka hat sich inzwischen gebessert.

Berschwunden ist, wie Frau Albina Piskaddo, Pilsudkistrasse 62, der Polizei angezeigt, seit Freitag voriger Woche ihr 23jähriger Chemann Wladyslaw, der Anzeichen von Gemütskrankheit verraten habe.

Der Sonnabend-Wochenmarkt hatte bessere Beschickung zu verzeichnen, auch war der Verkehr lebhafter. Die Butter kostete 1,10-1,30, Wollfereibutter 1,60, Eier 2,00-2,10, Apfel 0,30-0,50, Apfelsinen 0,20-0,40 das Stück, Kilogramm 1,40-1,60; Gänse 5,00-6,50, Enten 2,50-4,00, Puten 4,00-6,00, Hühner 1,50-3,00, Tauben Paar 0,80, Hahnen 3,00-3,50; Karpfen 0,80-1,00, Aale 1,00-1,50, Hechte 0,80-1,00, Schleie 0,80, Breissen 0,70, Barsche 0,30-0,60, Zärten 0,80, Plöke 0,20-0,30 Zloty.

Thorn (Torun)

Von der Weichsel. Wegen den Vortag um 15 Zentimeter weiterhin angestiegen, betrug der Wasserstand Sonnabend früh am Thorner Pegel 1,47 Meter über Normal.

Lauf Bekanntmachung der Stadtverwaltung Thorn liegt das Register des Jahrgangs 1917, d. i. derjenigen, die sich im Oktober und November 1927 erneut als Weichsel registrieren lassen, zwei Wochen hindurch im Militärreferat der hiesigen Stadtverwaltung (Zimmer 6) in den Dienststunden zur Einsichtnahme aus.

Verfolgter Fahrraddieb floh in eine Bodenkammer. Der Vereinsbote Edmund Jankowski suchte kürzlich das Finanzamt auf dem Altstädtischen Markt (Rynek Staromiejski) auf und ließ hierbei das mitgeführte Fahrrad in dem vor dem Gebäude befindlichen Aufbewahrungsraum und zwar gesichert zurück.

Konitz (Chojnice)

Raubüberfälle mit Hilfe einer Autotaxe.

Im Monat Dezember 1937 wurde in den Kreisen Tuchel, Konitz und Zempelburg eine Anzahl von Raubüberfällen und Einbruchsdiebstählen verübt. Der Nachforschung der Polizei ist es nun gelungen, die Verbrecher festzunehmen.

Der größte Teil des Raubes konnte den Geschädigten von der Polizei zurückerstattet werden. Die Täter, welche alle geständig sind, wurden der Staatsanwaltschaft übergeben.

rs Eröffnung der Volksküche. Die seit Jahren zur Winterzeit tätig gewesene Volksküche ist auch diesen Winter am 10 Januar eröffnet worden.

rs Die Schühengilde bereitet sich auf das 550jährige Jubiläum vor. Am Freitag, dem 14. Januar, fand eine Versammlung der hiesigen Schühengilde im Schützenbaurie statt.

rs Messerstecher. Am Sonnabend kam es im Restaurant Konsum zwischen zwei Gästen zu einem Streit, in dessen Verlauf der eine das Messer zog und auf den 23jährigen Heinz Stegemann einstach.

Dirschau (Tczew)

Schwere Autokatastrophe bei Dirschau.

Ein Toter, mehrere Verletzte.

Zu einer schweren Autokatastrophe, bei der zwei moderne schwere Lastzüge vollkommen in Trümmern gingen und ein dritter Lastwagen leicht beschädigt wurde, kam es am Sonnabend gegen ein Uhr nachts bei dem Dorf Randen im Dirschauer Kreis.

Ein dritter Gdingener Wagen, der die Unfallstelle passierte, kam mit leichten Demolierungen an den Trümmern vorbei und konnte mit eigener Kraft wieder die Unfallstelle verlassen.

de Spitzhaken auf Sanjad. Mit einem geborgten Pferd des Besitzers Storma, einem geborgten Schlitten des Fuhrmanns Rozkwitalski, der als Reihgebühr 1/2 Liter Schnaps erhielt, machten sich einige Dirschauer Hurschen auf den Weg zum Schweinediebstahl.

dem Stall, um sie auf dem Feld zu schlachten. Die Tiere waren mit dieser Prozedur nicht ganz einverstanden und entwichen im Schweinsgalopp.

Br Gdingen (Gdynia), 15. Januar. Vor dem Kreisgericht hatte sich der Buchhalter der Firma „Isco“, Tadeusz Pilatowski, wegen Unterschlagung von 30 000 Zloty und Fälschung von Büchern zu verantworten.

p Neustadt (Wesherowo), 16. Januar. Auf dem letzten Wochenmarkt kosteten Eier 1,80-1,90, Butter 1,00-1,20, Kartoffeln 2,00-2,20 Zloty.

sd Stargard (Starogard), 17. Januar. Der Bürgermeister gibt bekannt, daß alle Fahrradbefitzer in der Zeit vom 15. Januar bis zum 15. Februar ihre Fahrräder bei der Stadtverwaltung registrieren lassen müssen.

Infolge der Glätte auf den Landstraßen kam am Freitag abend in Zblewo das Auto des Kaufmanns Derengowski aus Stargard ins Schleudern und stieß gegen einen Baum.

Unter dem Verdacht des Meineids wurde während einer Verhandlung vor dem hiesigen Bezirksgericht eine gewisse Anna Sulc aus Zblewo verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Wandsburg (Wiechorf), 16. Januar. Ihren 85. Geburtstag konnte am 15. d. M. die Mäthlerin Pauline Thews in Sitno begehen. Frau Th. erfreut sich trotz ihres hohen Alters, körperlicher und geistiger Frische und verrichtet noch sämtliche Haus- und viele Feldarbeiten.

Freie Stadt Danzig.

Umbauten auf dem Festspielplatz der Zoppoter Waldoper.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Wenn am kommenden 17. Juli sich die Waldoperngemeinde auf der Promkenhöhe in Zoppot zur festlichen Eröffnung der diesjährigen Spielzeit zu einem Festkonzert zusammenfindet, in der die Staatskapellmeister Robert Hegger und Karl Tutein mit den hervorragendsten Solisten Werke Richard Wagners und anderer deutscher Meister interpretieren, dann werden sie wieder eine bauliche Verbesserung feststellen können.

Ein großer grundlegender Plan besteht für eine Neuordnung des Zuschauerraums, der wie die Dietrich-Edar-Bühne amphitheatralisch aufgebaut werden soll.

Eine Neuenerung ist es, daß in diesem Sommer die Spielzeit mit einem Festkonzert eröffnet wird. Während früher zwei Festkonzerte zwischen den Aufführungen durchgeführt wurden, soll in diesem Jahr nur ein Konzert zur Eröffnung stattfinden, um gleichsam die verpflichteten Künstler vorzustellen.

Graudenz.



Boranzzeige! Am 28. Februar 1938 Rosenmontagsfest.

Thorn.

Drogen-, Parfümerie- u. Hausbedarfsartikel empfiehlt billigst Hurtownia Jan Kapczyński Szeroka 35 Telefon 1371

Die Agrarreform und die Krise in Pommern.

Die Minister Rwiatkowski und Roman auf der Tagung des Verbandes der polnischen Kaufleute in Bromberg.

Der Verband der Polnischen Kaufleute Pommernens, der in fast 60 Ortsgruppen einschließ...

Das Referat, das der Vorsitzende der polnischen Kaufleute Pommernens, Sejmabgeordneter Marchlewski, hielt...

Dann aber kam Herr Marchlewski von der politischen auf die mehr wirtschaftliche Betrachtung, um zu betonen, daß es noch keinen einheitlichen Plan zur Bewirtlichung Pommernens gebe...

Das der Hauptgrund der Wirtschaftskrise Pommernens in der fehlerhaften Agrarreform liege.

Die Folgen dieser fehlerhaften Agrarreform seien katastrophal, es werde hier in Westpolen nicht ein lebensfähiger landwirtschaftlicher Kleinbetrieb...

So lag diese Feststellungen waren, so unklar waren gleich darauf die politischen Bemerkungen, denn Sejmabgeordneter Marchlewski wollte diese fehlerhafte Agrarreform lediglich beim polnischen Grundbesitz nicht angewendet wissen...

Ein breites Kapitel nahm in seinen Ausführungen die Frage der landwirtschaftlichen Entschuldung ein, die im Grunde genommen auf die Schultern des Handels und Gewerbes abgewälzt worden sei.

Forderungen

an die Adresse der Regierung, u. a.: Neuregelung der Beziehungen (in erster Linie sind es Provisionsfragen) zwischen Privatkäufern und den staatlichen Monopolen...

Der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Rwiatkowski

das Rednerpult betrat, erhob sich ein nicht endenwollender Beifall, der eindeutig bewies, wie populär dieser führende Wirtschaftskopf der Regierung ist.

Polen habe. Es gebe für Polen keinen anderen Weg zum Baltischen Meer als durch diesen Gebietsteil.

In Gdingen zeige sich die nach dem Westen Europas orientierte Mentalität Polens.

Wenn hier die Kultur des Westens gedeihen und blühen, wenn hier eine starke Mauer entstehen soll, an welcher alle Strömungen der Destruktion und Desorganisation sich brechen müssen...

An die Vertreter der Tagung gewendet, hob Minister Rwiatkowski hervor, daß es durchaus richtig sei, Forderungen an die Adresse der Regierung zu richten.

Im Anschluß daran ergriff Handelsminister Roman

das Wort, der besonders hervorhob, man müsse nicht alle Hoffnungen auf die Regierung setzen. An der Lösung von wirklich brennenden Fragen sei die Regierung interessiert...

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 17. Januar auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 4 1/2%, der Lombardzins 5 1/2%.

Berlin, 15. Januar. Amtl. Devisenkurs: Newyork 2,483—2,487. London 12,405—12,435. Holland 138,17—138,45.

Effektenbörse.

Table with columns for securities types (e.g., 5% Staatl. Konvert.-Anleihe) and their corresponding values.

Warschauer Effektenbörse vom 15. Januar.

Rekordzinsliche Wertpapiere: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe 1. Em. 79,25, 3prozentige Präm.-Invest.-Anleihe 11. Em. 79,75...

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 17. Januar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen für 100 Kilo in Zloten):

Table with columns for products (Roggen, Weizen, Hafer) and their prices.

wollend gegenüber. Der Handel Pommernens müsse stärker an Gdingen angelehnt werden und müsse dadurch einen besonders starken Anteil an der Aus- und Einfuhr erhalten.

Dann ergriff der Vorsitzende der Landeswirtschaftsbank, General Görecki, das Wort. Er wisse sehr wohl, daß hier in Pommern eine Pionierarbeit politisch und wirtschaftlich zu leisten sei...

Nachdem der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer in Gdingen den Ortsgruppen des Verbandes die Zur-Verfügung-Stellung von Fachbibliotheken in allen Ortsgruppen angekündigt hatte, wurde die Tagung geschlossen.

Erhöhung des Aktienkapitals bei der Danziger Waggonfabrik.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Die Waggonfabrik Danzig Aktiengesellschaft beruft die Tages-Generalversammlung auf den 3. Februar ein. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende wichtige Punkte über eine Veränderung des Aktienbestandes...

Zur Sicherung der Schifffahrt.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Als „Reinenbootgewerbe“ werden in der Schifffahrt diejenigen Schiffe bezeichnet, die ein Gewerbe daraus machen, ankommenden Schiffen beim Festmachen behilflich zu sein...

Polen auf der Newyorker Ausstellung.

Der polnische Kommissar für die Newyorker Ausstellung, Baron Kopp, erklärte dem Präsidenten der Newyorker Ausstellung, daß Polen sich bemühen werde, auf dieser Ausstellung seine Industrie, seine Kunst, Wissenschaft, Handel und seine Geschichte zu zeigen.

Am 3. d. M. wurde in Montevideo die Ausstellung von Mustern polnischer Industrieerzeugnisse geschlossen. Die Ausstellung erregte sich eines regen Besuchs.

Table with columns for various goods (Roggen, Weizen, Gerste) and their prices.

Table with columns for various goods (Speisekartoffeln, Kartoffelknollen) and their prices.

Amtliche Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 15. Januar.

Table with columns for various goods (Weizen, Roggen, Gerste) and their prices.